



Kiel, 11. Januar 2018
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 19. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 10. Januar 2018, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

- 1. Tätigkeitsbericht für das Jahr 2016 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags**
Bericht der Bürgerbeauftragten
[Drucksache 19/141](#)

Der Ausschuss führte zum Tätigkeitsbericht ein Gespräch mit der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten. Einstimmig empfahl er dem federführenden Sozialausschuss, den Bericht dem Plenum zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

- 2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein - Verbot der Pferdesteuer**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/215](#)

Der Ausschuss bat den Wissenschaftlichen Dienst, noch Fragen der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzentwurfes zu prüfen. Er nahm in Aussicht, dem Landtag zur Februar-Plenartagung einen Bericht und eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

- 3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes - Einreichung von Wahlvorschlägen gemäß § 51 GKWG**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
[Drucksache 19/257](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfes ab. Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der AfD empfahl er dem Landtag den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein - Absenkung Quorum Volksbegehren und Absenkung Zustimmungsquorum Volksentscheid

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/258](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfes ab. Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der AfD empfahl er dem Landtag den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

5. Volksinitiative „Schleswig-Holstein stoppt CETA“

Antrag der Volksinitiative

[Drucksache 19/259](#)

Der Ausschuss bat den mitberatenden Europaausschuss, ihm ein Votum zuzuleiten. Ferner kam der Ausschuss überein, in einer Sondersitzung am Rande des Januar-Plenums die Beratungen zum Antrag der Volksinitiative abzuschließen, sodass dem Landtag zur Januar-Plenartagung ein Bericht und Beschlussempfehlung zugeleitet werden kann.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/11](#)

Änderungsantrag der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/38](#)

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/483](#)

hierzu: [Drucksache 19/37](#)

Nach einer Aussprache über den Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 19/483](#), kam der Ausschuss überein, die Beratungen zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung des Landesrechts im Bereich der Justiz

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/365](#)

Der Ausschuss bat das Justizministerium, ihm die Unterlagen aus der Verbandsanhörung zur Verfügung zu stellen. Er nahm in Aussicht, sich in der ersten Februarhälfte unter Anwesenheit der Hausspitze des Justizministeriums weiter mit der Vorlage zu befassen.

8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein (Finanzausgleichsgesetz - FAG)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/352](#)

Der Ausschuss kam überein, zu der Vorlage eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis zum 17. Januar 2018 zu benennen, die Frist für Stellungnahmen soll vier Wochen betragen.

9. Verschiedenes

Die Vorsitzende wies darauf hin, dass die im Terminplan für den 17. Januar 2018 vorgesehene Sitzung entfällt. Zu Beginn der Sitzung am 31. Januar 2018 werde es einen Fototermin der Ausschussmitglieder geben.

Schluss: 16:15 Uhr

gez. Dörte Schönfelder